

3556/AB XXI.GP

Eingelangt am: 07.05.2002

BM für Wirtschaft und Arbeit

In Beantwortung der schriftlichen parlamentarischen Anfrage Nr. 3639/J betreffend Finanzierungssicherheit für Forschungsförderung, welche die Abgeordneten Grünwald, Freundinnen und Freunde am 20. März 2002 an mich richteten, stelle ich fest:

Einleitend ist zu bemerken, dass die Budgetangelegenheiten des Forschungsförderungsfonds für die gewerbliche Wirtschaft (FFF) in die Kompetenz des Herrn Bundesministers für Verkehr, Innovation und Technologie fallen. Aus der Sicht des Bundesministeriums für Wirtschaft und Arbeit können die Fragen lediglich in Bezug auf eigene Förderungsprogramme und Tätigkeitsbereiche beantwortet werden:

Antwort zu Punkt 1 der Anfrage:

Die Anhebung der Forschungsquote auf 2,5% des BIP bis zum Jahr 2005 bedarf erheblicher Anstrengungen sowohl seitens der öffentlichen Hand als auch der Industrie, deren Anteil an den Forschungsausgaben noch immer unter dem EU-Durchschnitt liegt. Die Programme des Bundesministeriums für Wirtschaft und Arbeit zielen daher darauf ab, durch optimale Ressourcenallokationen einen hohen Anteil an privaten Forschungs- und Entwicklungs- (F&E-) Aufwendungen zu induzieren. Im Jahr 2002 habe ich einen zusätzlichen Betrag von € 7,267 Mio. für Forschungs- und Entwicklungsvorhaben durch Umschichtungen im Ressortbudget zur Verfügung gestellt.

Antwort zu Punkt 2 der Anfrage:

Neben direkten Förderungen ist hier in erster Linie der Forschungsfreibetrag zu nennen, der ab dem Veranlagungsjahr 2000 entscheidende Verbesserungen gebracht hat (Anhebung des Freibetrages für volkswirtschaftlich wertvolle Erfindungen auf 25 bzw. 35%). Im Konjunkturpaket wurde ein zusätzlicher Freibetrag in Höhe von 10% für Forschungsaufwendungen und eine Forschungsprämie von 6% vereinbart (die Prozentangaben entsprechen den Richtlinien des von der OECD herausgegebenen Frascati-Manuals). Damit sollen auch Unternehmen, die einen gewinnmindernden Freibetrag nicht für sich nutzen können, in den Genuss einer indirekten Forschungsförderung kommen. Die legislative Umsetzung im Einkommenssteuergesetz ist derzeit in parlamentarischer Behandlung.

Antwort zu Punkt 3 der Anfrage:

Um die notwendige Steigerung der Forschungsaufwendungen der Unternehmen zu erreichen, stehen Maßnahmen mit ausgeprägter Hebelwirkung in den Technologieprogrammen des Bundesministeriums für Wirtschaft und Arbeit im Vordergrund, wie beispielsweise die Kompetenzzentren, die kooperativen Forschungseinrichtungen, die Christian-Doppler-Labors oder die Impulsprogramme, die nachhaltig die Forschungs- und Innovationsleistungen des privaten Sektors anheben. Diese Programme tragen auch wesentlich dazu bei, die Kooperationskultur zwischen Universitäten oder generell der Forschung und der Wirtschaft nachhaltig zu verbessern. Ein weiterer wesentlicher Schwerpunkt ist die Forcierung von Neugründungen technologieorientierter Unternehmen, um die Basis an forschenden Betrieben nachhaltig zu verbreitern. Nur so kann es gelingen, die F&E-Quote über den europäischen Durchschnitt anzuheben.

Antwort zu Punkt 4 der Anfrage:

Grundsätzlich möchte ich anmerken, dass eine rein inputorientierte Betrachtung jedenfalls zu kurz greift und es nicht nur darum geht, die Forschungsausgaben auf ein gewisses Niveau anzuheben. Vielmehr ist es Ziel, im Wege der Forschung und Entwicklung einen attraktiven Wirtschaftsstandort Österreich mit sicheren Arbeitsplätzen in gesunden Unternehmen zu schaffen. Wiewohl Österreich bei den Forschungsausgaben nicht im Spitzenfeld liegt, haben wir Stärken vor allem in der hohen Qualität der Produktion in den traditionellen Sektoren (vgl. Automobilsektor), im hohen Anteil innovativer KMU, in einer erfolgreichen Positionierung mittlerer Unternehmen in Marktnischen, in der Exportentwicklung (v.a. Osteuropa) und bei innovativen Fähigkeiten der Unternehmen. Für mich als Wirtschafts- und Arbeitsminister ist und bleibt die Gründung neuer innovativer, technologieorientierter Unternehmen und die Förderung von Innovationen in bestehenden Unternehmen eines der wichtigsten Ziele einer zukunftsorientierten und arbeitsmarktunterstützenden Wirtschaftspolitik.

Antwort zu den Punkten 5 und 6 der Anfrage:

Die Beantwortung dieser Fragen fällt in die Zuständigkeit des Herrn Bundesministers für Verkehr, Innovation und Technologie.

Antwort zu Punkt 7 der Anfrage:

Die anwendungsorientierte Forschung spielt eine große Rolle für die wirtschaftliche Entwicklung Österreichs. Nur durch stetes Innovieren bleiben die Unternehmen konkurrenzfähig. Dieses Innovieren baut auf Forschungs- und Entwicklungsarbeiten und deren Umsetzung (Technologietransfer) auf. Um den Unternehmen beim Zugang zu externen Ressourcen und beim Aufbau von Kooperationen zu helfen, wird die Wissens- und Technologietransferförderung in meinem Ressort ausgebaut.

Antwort zu Punkt 8 der Anfrage:

Die Größe eines Unternehmens spielt natürlich eine wesentliche Rolle. Da Forschungsergebnisse nicht immer unmittelbaren und kurzfristigen wirtschaftlichen Nutzen erzeugen, fehlt vor allem kleineren Betrieben der "lange Atem".

Antwort zu Punkt 9 der Anfrage:

Gemeinschaftliche Forschungsanstrengungen oder auch Kooperationen mit den Universitäten können Abhilfe schaffen. Genau diese Stoßrichtung verfolgen auch die Programme des BMWA: die Kooperativen Forschungseinrichtungen der österreichischen Wirtschaft sind als sogenannte Labors der kleinen und mittleren Unternehmen prädestiniert, Forschungs- und Entwicklungsleistungen maßgeschneidert für KMU anzubieten. Diese Einrichtungen sind in der Wirtschaft gut verankert und die Unternehmen greifen gerne auf diese Dienstleistungen zurück, da durch das gemeinsame Arbeiten auch ein gemeinsames Problemverständnis herrscht. Das BMWA unterstützt die Kooperativen Forschungseinrichtungen und seinen Dachverband seit 1999 in einem F&E-Wachstumsprogramm mit dem Ziel, vor allem kleinere und mittlere Unternehmen verstärkt an Forschung und Entwicklung heranzuführen. So wurden für die Jahre 1999 und 2000 umgerechnet 1.453.457 EUR und für 2001 1.816.821 EUR zur Verfügung gestellt. Die Mittel für 2002 stehen noch nicht fest, werden jedoch höher als im Vorjahr sein.

Kooperationen von Wirtschaft und Universitäten fördert das BMWA einerseits über die Christian - Doppler Forschungsgesellschaft und die CD-Labors, andererseits durch das Programm zur Förderung der Industriellen Kompetenzzentren und -netzwerke. Dabei handelt es sich um mehrjährige Forschungsk Kooperationen zwischen Unternehmen und wissenschaftlichen Einrichtungen mit dem Ziel der Erhöhung der F&E-Aufwendungen mit hohem Anwendernutzen und des Gewinns wirtschaftlicher Vorteile durch die Umsetzung wissenschaftlicher Erkenntnis auf hohem Niveau. Wie erste Evaluierungen zeigen, sind die in den industriellen Kompetenzzentren erarbeiteten Ergebnisse sowohl von hohem wissenschaftlichem An-

spruch als auch von größter Industrierelevanz und für die teilnehmenden Betriebe ein zusätzlicher Ansporn, in F&E zu investieren.